

Wilsdruffer Tageblatt

Kernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erste Seite bis auf weiteres nur Sonntag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 20 M., durch unsere Ausleger zugezogen in der Stadt monatlich 22 M., auf dem Lande 25 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 70 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postboten sowie unsere Ausleger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.



Interimspreis 20 M. für die 6 gelbblauen Korpuszeile oder deren Raum, Kolumnen, die 2 farbige Korpuszeile 22 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Dresden) die 2 gelbblauen Korpuszeile 20 M. Nachweisungs-Gebühr 1 Pf. Angelegenheiten die vormittags 10 Uhr. Für die Nützlichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erste Seite seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Räßig, für den Inserenten: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 89.

Donnerstag / Freitag 2. / 3. August 1923

Ämtlicher Teil.

Borauszahlung auf Einkommensteuer 1923.

Durch die fortschreitende Geldentwertung macht sich die Erhöhung der Einkommensteuer-Borauszahlungen unbedingt nötig.

Die Borauszahlungen auf die Einkommensteuer 1923, die am 15. August 1923, 15. November 1923 und 15. Februar 1924 fällig werden, sind nach dem 25fachen des Betrages zu berechnen, der sich als Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1922 aus der Steuererklärung, oder falls eine solche nicht abgegeben ist, auf Grund der Schätzung des Einkommens im Kalenderjahr 1922 ergibt.

Somit der Feststellung des Einkommens ein Wirtschaftsjahr (Geschäftsjahr) vom 1. Juli 1922 zugrunde liegt, ist die oben erwähnte Borauszahlung (25fach) zu verdreifachen.

Stehen die zu leistenden Borauszahlungen außer Verhältnis zu dem mutmaßlichen Einkommen, so können sie anderweit festgesetzt werden.

Die nächste Borauszahlung ist also bis 15. August 1923 bei der Stadtsteuerkasse zu bewirken.

Borauszahlungen derjenigen Steuerpflichtigen, die die Steuerkasse ermächtigt haben, alle Steuerbeträge ihrem Girokonto zu entnehmen, werden auch in diesem Falle vom Girokonto abgeschrieben).

Wilsdruff, am 30. Juli 1923.

2796

Der Stadtrat.

Jedoch müssen diese bis 12. August 1923 hierher mitteilen, falls bei ihnen mehr als das 25fache in Frage kommt.

Der Eigentümer des hier zugelassenen in Nr. 88 des Wilsdruffer Tageblattes und durch Anschlag bekannt gemachten braunen Hundes (Dobermann), hat sich noch nicht gemeldet. Er wird hiermit öffentlich aufgefordert, seinen Anspruch bis spätestens Freitag, den 3. August 1923 nachm. 6 Uhr an Polizeistelle geltend zu machen, widrigenfalls der Hund am Sonnabend, den 4. d. Mis. vorm. 10 Uhr im Verwaltungsgebäude öffentlich versteigert oder beseitigt wird.

Wilsdruff, am 1. August 1923.

2797

Der Stadtrat.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das Reichskabinett hat eine Anzahl neuer Steuerpläne veröffentlicht und weitere in Beratung genommen.

* Die Gewerkschaften trugen in einer Besprechung mit dem Reichskanzler eine Anzahl Wünsche und Beschwerden vor.

* Die belgische und die französische Antwortnote auf den englischen Entwurf einer Antwort an Deutschland sind in London überreicht worden und haben dort große Enttäuschung hervorgerufen.

* Im Ruhrgebiet nimmt die Lebensmittelnot in erschreckendem Maße zu, da die Franzosen alle Nahrungsmittel systematisch aufkaufen.

* Auf dem Bahnhof in Kreienzen stieß der Hamburg-Münchener D-Zug auf seinen Vorzug, wobei 35 Fahrgäste getötet und 53 verletzt wurden.

Steueropfer.

Wenn der Reichstag am 8. August zusammentritt, so wird die Reichsregierung ihm ein großes, riesengroßes Steuerbudget zur Annahme überreichen. Soeben hat sie die Steuerentwürfe durchberaten und genehmigt, die wenigstens zum Teil die Kosten unseres Defensivkrieges an Rhein und Ruhr decken sollen. Einen Teil nur — denn darüber muß man sich klar sein, daß Deutschland niemals imstande sein kann, die Kosten restlos zu decken. Es war ja nicht einmal möglich, den Staatshaushalt zu balanzieren, als der Franzose uns noch nicht unser reichstes Produktionsgebiet genommen hatte. Von dort her gelangen ja keinerlei Einnahmen in die Kassen des Deutschen Reiches. Und das übrige Reich ist infolgedessen gar nicht in der Lage, nicht nur den dort entstehenden Ausfall, sondern auch die Kosten zu decken, die durch die Produktionshemmung und die Notwendigkeit, die Bevölkerung am Leben zu erhalten, entstanden sind und zu täglich höheren Kosten anschwellen.

Das neue Steuerprogramm wird also lediglich die Aufgabe haben, einen höheren Prozentsatz der Reichsausgaben durch Reichseinnahmen zu decken, als das bisher geschah. Grundständig erfolgt bei diesem Steuerprogramm nicht eine Besteuerung in einmaliger Form, sondern auf lange Sicht durch Anpassung der bestehenden Steuern an die Geldentwertung. Eine Steuerreform im wahren Sinne des Wortes ist das also nicht, wäre auch jetzt vom Abel, da die Einführung neuer Steuern oder gar eine grundsätzliche Umstellung zurzeit eine Unmöglichkeit ist. Derartige erfordert Zeit, und die haben wir jetzt nicht.

Das Rhein-Rudropfer, in der Hauptsache eine Verdreifachung der Einkommensteuer auf die Steuerträger, die ihre Steuer nicht durch Abzug von Lohn und Gehalt ableisten, ist praktisch eine Verdoppelung und zeitliche Einengung der abzuführenden erhöhten Einkommensteuer. Dadurch wird der Versuch fortgesetzt, die Begünstigung gerade dieser steuerkräftigsten Elemente, die aus der Geldentwertung einen teilweise sehr erheblichen Nutzen ziehen, endlich weitzumachen. Nur ist der Name nicht besonders treffend gewählt. Opfer, das heißt, freiwillig dargebrachte Gabe ist das nicht, was wir jetzt leisten sollen, sondern Verpflichtung ist das alles, selbstverständliche Verpflichtung gegenüber jenen im besten Gebiet, die Leib und Leben daran setzen, die Heimat zu verteidigen. Verpflichtung auch unferreits, die wir von diesen Leiden der Befreiung verschont geblieben sind, gegenüber der Heimat, die um ihr Dasein ringt. Verpflichtung auch gegen unsere Kinder, daß sie dereinst in einer von uns erkämpften Freiheit leben dürfen.

Gleichzeitig hat übrigens auch die Sozialdemokratische Partei ein Steuerprogramm ausgearbeitet und in die Öffentlichkeit gebracht, das einen schon vielfach erörterten Gedanken wieder aufnimmt. Das ist die Valorisierung der Reichseinkünfte. Man will eine ver-

dreifache Erhöhung der zu valorisierenden Zwangsanleihe, die bekanntlich vor kurzem für die Brotversorgung beschlossen und schon wieder erhöht worden war, und eine Verdreifachung der gleichfalls zu valorisierenden Körperschafts- und Einkommensteuer. Auch bei der Belastung der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft ist dieser Gedanke hineingeschoben dadurch, daß von der Landwirtschaft die Abgabe eines Doppelzentes Roggen pro Hektar für den Zweck des Rhein-Ruhr-Kampfes verlangt wird und die andern wirtschaftlichen Betriebe die entsprechende Steuer in Höhe der auf sie entfallenden Lohnsteuer entrichten sollen. Ob der Gedanke einer Valorisierung der Steuern jetzt durchführbar ist, muß zweifelhaft erscheinen, solange nicht die Quelle selbst, also die Einkommen selbst, valorisiert worden sind. Selbstverständlich ist aber, daß die Sozialdemokratie ihren — und übrigens auch anderer Leute — Lieblingsgedanken wieder aufnahm, nämlich die Belastung der deutschen Wirtschaft mit Goldhypothek. Nun hat bekanntlich die Industrie bereits von sich aus eine solche Garantie zugesagt, und in unserer Note vom 7. Juni haben wir das auch dem Auslande mitgeteilt.

Man darf hoffen, daß bei der demnächstigen Beratung der Steuergesetze eine wirkliche Sachlichkeit obwaltet und nicht allzu sehr mit vorgefaßten Meinungen politischer oder wirtschaftspolitischer Art gearbeitet wird. Sonst treiben wir den Teufel mit Beelzebub aus. Und alle Entschlüsse und Beschlüsse haben keinen Wert, führen zu keinem Erfolg, wenn nicht auf allen Seiten die Einsicht herrscht, daß zu solchen „grundtätlichen“ Ausweichungen jetzt weniger als je die Zeit ist, nur verhängnisvoll wirken kann.

Die Forderungen der Sozialdemokratie.

In dem sozialdemokratischen Programm, das der Reichsregierung unterbreitet werden soll, wird gefordert:

1. Verdreifachung der Erhebung der nach dem Brotversorgungsgesetz valorisierten Zwangsanleihe. 2. Verdreifachung der Erhebung der valorisierten Borauszahlungen der Körperschafts- und Einkommensteuer. 3. Verdreifachung der Erhebung der am 31. Juli fälligen Borauszahlungen auf die Umsatzsteuer unter Freilassung der Umsatzsteuerbeträge von 300 000 Mark und der Genossenschafts- und des Einzelhandels. 4. Während der Dauer der Aushaftung Erhebung einer Steuer von allen Unternehmungen in Industrie, Handel und Banken in der Höhe der auf die Betriebe entfallenden Lohnsteuer. Abgabe eines Doppelzentes Roggen pro Hektar land- und forstwirtschaftlich benutzten Bodens unter Freilassung der Kleinbetriebe.

Zur Ergänzung werden Maßnahmen gefordert, durch die die Steuern, insbesondere die Lohnsteuer und die indirekten Steuern, unmittelbar nach dem Entstehen der Steuerlast einbezogen. Ferner restlose Ertragung jeglicher Geldentwertung bei verzögerter Steuerzahlung, Aufbringung eines Defizitfonds aus den Devisenmitteln der Wirtschaft gegen Dollarschuldverbreitung.

Die Antwortnoten an England.

Überreichung in London.

Die französische und die belgische Antwortnote wurden in London überreicht. Sie sind nicht identisch, aber die Art der Abweichung wird indessen strengstes Stillschweigen beobachtet. Lord Curzon empfing nacheinander den italienischen, den belgischen, den deutschen und den französischen Botschafter. Wie gemeldet wird, hat Baldwin bisher nur eine flüchtige Prüfung der französischen und der belgischen Note vorgenommen; indessen ging in halbamtlichen französischen Kreisen das Gerücht um, daß die britische Regierung von diesen Dokumenten sehr pessimistisch beeinflusst worden sei.

Auch die englischen Zeitungen zeigen wenig Hoffnung, daß eine Einigung mit Frankreich möglich sein werde. Die „Westminster Gazette“ erklärt, daß wenig Hoffnung bestehe, den französischen und englischen Standpunkt zu veröhnen. In diesem Falle läte Baldwin am

besten daran, die englische Handlungsfreiheit zurückzunehmen und vor aller Welt den Standpunkt Englands auseinandersetzen. England könne nicht mehr länger zusehen, wie Deutschland zerstört werde. In London glaubt man nicht mehr, daß durch die Antworten die Erreichung einer gemeinsamen alliierten Antwort an Deutschland erwidelt würde, denn Poincaré hat eine viel zu unverföhnliche Haltung eingenommen.

Die Meinung Mussolinis.

Aber die italienische Auffassung schreibt der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“, Mussolini, dem die Absicht zugeschrieben wurde, eine Antwort auf die britische Mantelnote und eine abgeänderte Fassung des englischen Antwortentwurfs aufzustellen, habe diese Absicht ausgegeben. Der Grund sei, daß der italienische Premierminister zu der Überzeugung gelangt sei, daß die Aussichten auf ein interalliiertes Abereinkommen über die Absendung einer gemeinsamen Antwort an Berlin zu gering seien. In seiner letzten Unterredung mit Lord Curzon soll der italienische Botschafter im Auftrage Mussolinis angeregt haben, England und Italien sollten gemeinsam Deutschland einladen, in den Völkerbund einzutreten.

Das Eisenbahnunglück bei Kreienzen

35 Tote und 53 Verletzte.

Die Katastrophe, die sich auf dem wichtigen Kreuzungspunkt Kreienzen zutrug, ist auf das Übersehen eines Haltsignals zurückzuführen.

Dienstag früh, gegen 4 Uhr, stieß der von Hamburg kommende Hauptzug D 88 Hamburg-München im Bahnhof Kreienzen auf den Vorzug. Der Vorzug stand im Bahnhof, weil er eine Vorpannlokomotive erhalten sollte. Der Führer des D-Zuges, der in Kreienzen fahrplanmäßig seinen Aufenthalt zu nehmen hat, übersah das Haltsignal und fuhr mit voller Wucht auf den haltenden Zug auf. Aus der Trümmermasse wurden 35 Tote, 53 Schwerverletzte und 48 Leichtverletzte geborgen.

Durch den entsetzlichen Zusammenstoß wurden beide Hauptgleise des Bahnhofes gesperrt. Von Hannover und Göttingen wurden alsbald Hilfszüge mit Ärzten und Rettungsmannschaften nach Kreienzen geschickt. Die Feuerwehr aus Göttingen führte die Aufräumungsarbeiten aus. Sanitätskolonnen aus Hildesheim und Göttingen bemühten sich um die Vergütung der Toten und leisteten den Verletzten Hilfe. Die drei letzten Wagen des Vorzuges wurden durch den furchterlichen Anprall vollständig zerstört. Alle Toten und Verletzten waren Passagiere dieses Vorzuges, während bei dem das Unglück verursachenden Hauptzug nur einige leichtere Verletzungen bei dem Bagabersonal entstanden.

Berlin, 31. Juli. Nach dem Bericht eines Augenzeugen war der Zusammenstoß furchtbar. Ein lautes Krachen und Bersten. Schrilles Splittern von Scheiben. Jehn Eisenbahnwagen und die Lokomotive des Hauptzuges hoben sich zum Dach der Bahnhofshalle empor. Ein tausendstimmiger Schrei pekte durch die Halle. Die Verletzten, die z. T. entsetzliche Wunden hatten, wurden in einem besonderen, sofort zusammengestellten Zuge nach der Universitätsklinik in Göttingen gebracht. Feuerwehr, Sanitätskolonnen, Göttinger Reichswehr und zahlreiche Hilfsbereite versuchten, die Toten aus den Trümmern hervorzuholen. Der Bahnhof bildete ein einziges Chaos von Eisenteilen und Holz.

Kreienzen, 1. August. Wie die Reichsbahndirektion zu dem Eisenbahnunglück bei Kreienzen mitteilt, waren bis 4 Uhr nachmittags 44 Tote geborgen. Im Göttinger Krankenhaus befinden sich 34 Verletzte, von denen 3 ebenfalls gestorben sind. Auf Grund der vorgefundenen Ausweispapiere sind bisher die Namen von 24 Personen festgestellt worden. Die zer-